

Gemeinsame Sicherheit – heute noch wichtiger als im Kalten Krieg

Von Michael Müller, Ulrich Brand, Peter Brandt und Reiner Braun

Wer angesichts des Ukrainekriegs an das „Konzept der gemeinsamen Sicherheit“ anknüpfen will, habe die „grundlegenden Ursachen des Krieges nicht verstanden“, behauptet Reinhard Wolf in der Juli-Ausgabe der „Blätter“.¹ „Vorschläge für Waffenstillstände oder halbgeare Kompromisse“ würden die „Auseinandersetzung allenfalls unterbrechen“. Wer zur Beendigung des Krieges nach Verständigung sucht, wird in dieser Denkweise als nervenschwach oder naiv angesehen. Stattdessen müsse die Ukraine „konsequent unterstützt (werden), solange ihre Gesellschaft sich wehren möchte“.

Der Autor meint mit seiner Kritik ausdrücklich auch den von uns initiierten Aufruf, den vor allem prominente Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterzeichnet haben.² Dieser fordert so schnell wie möglich einen Stopp der Kriegshandlungen, um den Weg zu Verhandlungen zu ebnen. Frieden könne in einer Welt, die für das Überleben der Menschheit auf Gegenseitigkeit angewiesen sei, nur auf der Grundlage des Völkerrechts und einer gemeinsamen Sicherheit geschaffen werden. Und das müsse Russland, das größte und ressourcenreichste Land der Erde, einschließen.

Das Kernmotiv unserer Initiative besteht darin, die verhängnisvolle Eskalationsdynamik des Krieges zu brechen. Dafür will der Aufruf den Bundeskanzler ermutigen, möglichst zusammen mit Frankreich, dessen Präsident Emmanuel Macron zu China enge Beziehungen unterhält, die BRICS-Staaten Brasilien, China oder Indien, die mit Russland politisch eng verbunden sind, für eine Vermittlerrolle zu gewinnen. Erstes Ziel sei ein Waffenstillstand, um das grausame Töten zu stoppen. Eine derartige internationale Konstellation sei auch die Voraussetzung, um zu weitergehenden Schritten zu kommen, vor allem zu einem russisch-ukrainischen Friedensvertrag und zu einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Dieser Weg wäre nicht nur für unseren Kontinent wichtig, sondern läge auch in weltweitem Interesse, um die vielfältigen negativen Auswirkungen des Krieges zu beenden.

Wolf stellt das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“, das auf globaler Vernunft, Verantwortung und Empathie aufbaut, als unbrauchbar hin. Dagegen

1 Reinhard Wolf, Bedroht, getäuscht und provoziert? Russlands Krieg und der Westen, in: „Blätter“, 7/2023, S. 79-89.

2 Peter Brandt, Reiner Braun, Reiner Hoffmann und Michael Müller, Waffenstillstand und gemeinsame Sicherheit jetzt, in: „Berliner Zeitung“, 1.4.2023.

vertreten wir, dass sich diese Idee gerade heute bewähren muss. Der Bericht zur Gemeinsamen Sicherheit, der auf den Erfahrungen der deutschen und europäischen Entspannungspolitik aufbaut, wurde 1982 den Vereinten Nationen von der unabhängigen UN-Kommission „Common Security“ unter der Leitung des damaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme vorgelegt.³ Er geht von der Leitidee aus, dass sich Staaten und Staatenverbände nur dann sicher fühlen können, wenn sich auch ihre Gegenüber sicher fühlen. Die Kommission machte ihre Empfehlungen zur Zeit der tiefen Spaltung unseres Kontinents, als es scheinbar unüberbrückbare Gegensätze und eine einmalige militärische Konfrontation im geteilten Deutschland gab.

Die Empfehlungen des Palme-Berichts gingen weit über die pragmatische Politik der 1960er und 1970er Jahre hinaus. Die dort aufgestellten Prinzipien stehen in einem grundlegenden Gegensatz zu dem vorherrschenden geopolitischen Machtpoker. Mehr noch: In unserer Zeit, in der die politischen, ökonomischen, militärischen und gesellschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten massiv zugenommen haben und sich Gefahren und Krisen grenzüberschreitend auswirken, ist Gemeinsame Sicherheit notwendiger denn je. Die Menschheit ist nämlich mit der doppelten Gefahr einer Selbstvernichtung konfrontiert – sowohl durch militärische Hochrüstung angesichts der Neuordnung der Welt als auch durch ökologische Externalisierung insbesondere in Form der Klimakrise und der Ressourcen-Peaks.⁴ Beides ist wechselseitig eng miteinander verbunden.

Bei der Klimakrise sind Ursachen und Folgen der Naturzerstörung zeitlich, räumlich und sozial auf dramatische Weise ungleich verteilt. Die Hauptverursacher sind in der Regel nicht die Hauptbetroffenen. Von daher wird die Klimafrage über eine längere Zeit ein erbittert geführter Verteilungskonflikt sein. Auch deshalb muss Gemeinsame Sicherheit in einem engen Zusammenhang mit den Leitideen der beiden anderen unabhängigen UN-Kommissionen aus den 1980er Jahren, der Nord-Süd-Kommission⁵ unter der Leitung von Willy Brandt und der Kommission Umwelt und Entwicklung⁶ unter der Leitung von Gro Harlem Brundtland, gesehen werden. Sie haben mit der marktkapitalistischen Globalisierung eine erweiterte Bedeutung bekommen.

Das gemeinsame Ziel der Berichte ist eine solidarische „Weltinnenpolitik“.⁷ Gemeinsame Sicherheit ist nicht vorstellbar ohne Nachhaltigkeit und auch nicht ohne Nord-Süd-Solidarität. Und Nachhaltigkeit oder Nord-Süd-Solidarität gibt es nicht ohne Gemeinsame Sicherheit. Um diese Weichenstellung geht es heute und sie muss schnell erfolgen. Die zusammengewachsene Welt braucht mehr Diplomatie, Demokratie und eine soziale und ökologische Gestaltung der Transformation durch ein klares Nein zur Militarisierung der Außenpolitik und zu einer Ideologie des Kalten Krieges.

3 UNO, *Our Common Security*, New York 1982.

4 Johan Rockström et al., *Planetary Boundaries. Exploring the Safe Operating Space for Humanity*, in: „*Ecology and Society*“, 14/2009.

5 Willy Brandt, *Das Überleben sichern*, Köln 1980.

6 Volker Hauff, *Unsere Gemeinsame Zukunft*, Greven 1987 (deutsche Fassung des Brundtland-Berichts).

7 Ulrich Bartosch und Klaudius Gansczyk (Hg.), *Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert*. Carl-Friedrich von Weizsäcker verpflichtet, Münster 2007.

Die Bedeutung von mehr Gemeinsamkeit beschreibt das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) im jüngsten Jahresbericht. Wir leben in dem gefährlichsten Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit einer steigenden Zahl militärischer Auseinandersetzungen und wachsender Militärausgaben.⁸ Tatsächlich droht das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert massiver Verteilungskämpfe zu werden zwischen Ökonomie und Ökologie, Nord und Süd, Arm und Reich, Jung und Alt. Der Nationalegoismus treibt neue Blüten. Summe und Parallelität der Krisen sind beängstigend. Wir stehen vor fundamentalen Weichenstellungen.

40 Jahre nach dem UN-Report haben im April 2022 das Olof-Palme-Institut, der Internationale Gewerkschaftsbund (IUTC) und das Internationale Friedensbüro (IPB) den Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022“ vorgelegt.⁹ Einleitend heißt es: „Die Welt steht an einem Scheideweg. Sie steht vor der Wahl zwischen einer Existenz auf der Grundlage von Wettbewerb und Aggression oder einer Existenz, die auf einer transformativen Friedensagenda und gemeinsamer Sicherheit aufbaut.“ Der Bericht plädiert für ein starkes und effizientes multilaterales System des Friedens und der Sicherheit, das auf acht grundlegenden Prinzipien aufbaut. Sie reichen von einer Rückkehr zu Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und Abrüstung über ein humanitäres Völkerrecht, die Unverletzlichkeit der Grenzen und das Verbot von Gewaltanwendungen bis zur Bekämpfung der Klimakrise, dem Kurswechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Ausrichtung auf sozial-integrative und demokratische Gesellschaften. Für diese globale Friedensordnung müsse die Politik die Vorgaben machen und die Strategien festlegen.

Ein Weltordnungskrieg

Heute erleben wir einen tiefgreifenden Weltordnungskonflikt, der sich schrittweise entwickelt hat und durch den Ukrainekrieg verschärft wird. Ausgetragen wird er auf verschiedenen Feldern – politisch, ökonomisch, ökologisch, sozial, militärisch und kulturell. Eine Entschärfung der Konflikte und eine gemeinsame Friedensperspektive verlangen von allen Seiten das Gegenteil der in der veröffentlichten Meinung vorherrschenden „Feldherrnperspektive“, die nur Sieg oder Niederlage kennt. Dieser Hinweis rechtfertigt nicht den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine. Putins Geschichtsklitterung war der ideologische Auftakt für den Angriff auf ein souveränes Land, das das Recht auf Selbstverteidigung hat. Das darf aber nicht heißen, die Zusammenhänge und Konsequenzen des Krieges zu ignorieren, auch nicht seine komplexe und komplizierte Vorgeschichte, die natürlich auch mit der Nato-Osterweiterung bis an die Türschwelle Russlands zu tun hat. Nicht nur Russland ist in einer Kriegslogik gefangen, auch die USA und ihre westlichen Verbündeten. Im Vorfeld des Krieges wurden Warnungen

⁸ SIPRI Yearbook 2023. Armaments, Disarmament and International Security, Oxford 2023.

⁹ Internationaler Gewerkschaftsbund, Internationales Friedensbüro und Olof Palme International Center, Gemeinsame Sicherheit 2022, Stockholm 2022.

ignoriert, Lehren der Kriegsvermeidung und Friedenssicherung missachtet, kurzfristige Interessen über eine längerfristige Perspektive gestellt.¹⁰ Die Bedeutung einer Politik der Gemeinsamen Sicherheit begründen wir mit folgenden zehn Punkten.

Zuerst das Wichtigste, was in der öffentlichen Debatte viel zu kurz kommt: der Schutz des menschlichen Lebens. Es gibt keine größere Tragödie als die Ermordung von Menschen und keine größere Ungerechtigkeit als das Töten von Kindern. Um das zu verstehen, braucht Europa keinen Krieg. Doch in der Ukraine erleben die Menschen jeden Tag mehr Leid, Elend und Tod durch Schüsse, Bomben und Raketen, Zerstörung der Städte und der Infrastruktur. Sie leiden unter Vertreibungen und Massakern in einem Krieg, der nicht erst 2022, sondern schon 2014 begonnen hat. In diesem schrecklichen Krieg sterben nicht nur unschuldige Zivilisten. Seit Beginn des Krieges sind in der Ukraine rund 500 000 Soldaten und Soldatinnen getötet oder schwer verletzt worden.¹¹ Die russischen Soldaten stammen vorwiegend aus armen Familien, etwa aus Swerdlowsk, Tscheljabinsk, Burjatien oder Dagestan, wo der durchschnittliche Monatslohn bei 200 Euro liegt. Am stärksten betroffen sind natürlich die Menschen in der Ukraine. Aber nach Angaben der UNO leiden auch rund 1,6 Milliarden Menschen in 94 Ländern als Folge des Krieges unter Energie- und Nahrungsmittelkrisen.¹²

Aus dem Krieg in der Ukraine ist, zweitens, längst ein zermürender Stellungskrieg geworden, der fatale Assoziationen zu den blutigen Schlachten des Ersten Weltkriegs an der deutschen Westfront zeigt. Nach Angaben von OSZE-Experten ist er zumindest derzeit von keiner der beiden Seiten militärisch zu gewinnen.¹³ Die Ukraine verfügt seit 2014 durch westliche Waffenlieferungen über starke Befestigungs- und Abwehranlagen. Russland ist bei Raketen, Kampfpanzern und Kampfflugzeugen deutlich überlegen. Leichte Verschiebungen im Frontverlauf sind nicht entscheidend. Umso wichtiger ist es, auf einen Pfad der Verhandlungen zu kommen. Wenn es nämlich nicht schnell zu einem Waffenstillstand kommt, wächst die Gefahr, dass entweder Luftschläge auf die Ukraine zunehmen und das Land „ausblutet“ oder die Nato-Staaten noch viel stärker in den Krieg hineingezogen werden. Die Eskalationsspirale muss gestoppt werden, damit wir nicht letztlich in einen Atomkrieg hineinschlittern.

Denn jeden Tag können, drittens, der Krieg in der Ukraine unkontrollierbar werden ebenso wie die Reaktionen darauf, die im Kalten Krieg durch die beiden atomaren Supermächte USA und UdSSR „beherrschbar“ blieben, aber heute eine innere Steigerungsdynamik in sich tragen: immer massivere Sanktionen und schärfere Drohungen, Truppenverlegungen, Waffenlieferungen, neue Rekordhöhen bei den Ausgaben für eine „Modernisierung“ der Militärarsenale. Die Begründung dafür heißt: Russlands Angriffskrieg sei die Zäsur, die alles verändert habe. Die Reaktionen folgen jedoch einem

10 Jürgen Scheffran, *Von der Kriegslogik zur Friedenslogik*, Frankfurt a. M. 2022, S. 135.

11 So die „New York Times“ unter Berufung auf US-Regierungsquellen, 18.8.2023.

12 Angaben des UN-Generalsekretariats, deutschland.de, 10.2.2023.

13 Wolfgang Richter, „Zeitenwende“. Die Auflösung der paneuropäischen kooperativen Sicherheitsordnung, Berlin 2023.

allzu bekannten Muster. Statt der Sprache der Diplomatie wird fast nur noch die Sprache der Macht gesprochen. Beschämend war der „lebhafteste Beifall“, den das Protokoll des Bundestages vermerkt, als Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung eine „Zeitenwende“ für mehr Waffen und eine drastische Erhöhung der Militärausgaben versprach.¹⁴ „Militarisierung“ als Zeitenwende? Deutschland gehört bereits zu den zehn Ländern, die insgesamt fast 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben von mehr als 2,2 Bio. US-Dollar tätigen.¹⁵ Unser Land hat schon den siebthöchsten Militäretat und kann durch die rüstungspolitischen Beschlüsse des Bundestages unter die ersten fünf aufsteigen.

Der Ukrainekrieg hat, viertens, verstärkt, was sich schon seit einigen Jahren vollzieht: die Beendigung des militärischen Kontroll- und Begrenzungsregimes zwischen Russland und den USA, insbesondere bei Atomwaffen. Die in der früheren Ost-West-Konfrontation seit der Kubakrise von 1962 gewachsene Norm, die nukleare Aufrüstung trotz aller Konfrontation zu bremsen, wird Schritt um Schritt aufgekündigt. Dabei müssten die Abkommen aufgrund des Aufstiegs neuer, auch atomar bewaffneter Militärmächte ausgeweitet und vertieft werden. So ist die Aufkündigung des Intermediate Range Nuclear Forces Treaty (INF)-Vertrages von 1987, der zur Verschrottung der Mittelstreckenraketen zwischen 500 und 5500 Kilometer Reichweite geführt hatte, ein schwerer Rückschlag für die Sicherheitsarchitektur. Doch die mittel- und westeuropäischen Staaten, die den größten Vorteil aus dem INF-Vertrag hatten, waren weder stark noch engagiert genug, dessen Ende zu verhindern.

Somit wird heute eine dreifache Herausforderung deutlich, die auch durch den Krieg blockiert wird: Erstens muss das Rüstungskontrollregime vor einem endgültigen Scheitern bewahrt werden. Zweitens sind neue Initiativen für Vertragswerke notwendig, die bisher nicht regulierte oder technologisch neue Waffensysteme verbindlich erfassen und kontrollieren (Cybersicherheit oder vollautonome letale Waffen). Drittens müssen die Mechanismen internationaler Rüstungskontrolle auf weitere Militärmächte wie China oder Indien ausgeweitet werden. Diese drei Aufgaben gehören zusammen.¹⁶ Und sie erfordern die Bereitschaft zu Kooperation und Verständigung.

Strategischer Gegner Russland – systemischer Gegner China

Doch nahezu unbemerkt, auf jeden Fall ohne größere demokratische Debatte, hat die Nato, fünftens, auf ihrem Gipfel am 29. Juni 2022 in Madrid das Konzept „Nato 2030 – United for a New Era“ beschlossen. Darin wird Russland als „strategischer Gegner“ und China als „systemischer Gegner“ ausgemacht. Deutschland nähert sich einem europäischen Führungsanspruch in der Nato, unter anderem durch die Stationierung von Kampfverbänden der Bundeswehr in Litauen. Die USA setzten angesichts „zunehmender geostrategi-

14 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 27.2.2022. Regierungserklärung des Bundeskanzlers.

15 SIPRI, Übersicht über die Militärausgaben 2022, Stockholm 2023.

16 IFSH, Rüstungskontrolle für die nächste Bundesregierung. Ein Empfehlungsbericht, Hamburg 2021.

scher Konkurrenz“ in Madrid durch, die „Herausforderungen durch China in alle existierenden Strukturen der Nato einfließen“ zu lassen. Dies gelte auch „draußen im Indo-Pazifik“ unter anderem durch die verstärkte Präsenz der US-Pazifikflotte, von Flugzeugträgerverbänden und Raketensystemen.¹⁷

Nachdem die USA, Großbritannien und Frankreich die Militärpräsenz im indopazifischen Raum erhöhen und nunmehr auch die Bundesmarine dabei ist, soll die Nato insgesamt in die neue „systemische Konkurrenz“ mit China einbezogen werden. Den USA geht es dabei auch um eine verstärkte Verlegung eigener Truppenverbände aus Europa, die künftig im pazifischen Bereich stationiert werden sollen. Deshalb der zunehmende Druck der USA auf die europäischen Nato-Staaten, ihre Militärausgaben zu erhöhen. Sie sollen spätestens 2024 jährlich mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Militär bereitstellen, wobei ein Fünftel davon für neue Ausrüstung verwendet werden soll. Im Hintergrund steht das Ziel, zu einer starken „europäischen Armee“ im Rahmen der Nato zu kommen.

In der immer rabiater ausgetragenen Großmacht Konkurrenz geht es nicht nur um militärische Ziele, sondern auch um die ökonomische Vorherrschaft auf den Weltmärkten, seit China durch hohe Wachstumsraten, Innovationen bei Industrieprodukten und strategische Investitionen in verschiedenen Weltregionen („Neue Seidenstraße“) eine zunehmend dominantere Stellung einnimmt. In der Folge dreht sich die Rüstungsspirale schneller.

»Modernisierung« der Atomwaffen, neue Atommächte

Derzeit verfügen, sechstens, neun Staaten über 12512 Atombomben mit 9576 einsatzbereiten Sprengköpfen. Nach Angaben von SIPRI sind Russland (5889) und die USA (5244) im Besitz von insgesamt 11 133 Atomwaffen. Das sind mehr als 90 Prozent aller atomaren Waffensysteme. China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea kommen zusammen auf 1399 A-Bomben. China hat in kurzer Zeit seine Atomsprengköpfe auf 420 erhöht. Eine neue Epoche des atomaren Hochrüstens hat begonnen, der Ukrainekrieg wirkt dabei wie ein Katalysator. Die Atommächte erweitern und „modernisieren“ ihre Arsenale. Die Trägersysteme für Atomwaffen werden schneller. Die USA haben im letzten Jahr 43,7 Mrd. US-Dollar in ihre atomaren Waffensysteme gesteckt, mehr als alle anderen Länder zusammen, die – so ist zu erwarten –, nachziehen werden.¹⁸

Das Stockholm International Peace Research Institute befürchtet, dass die Menschheit mit der atomaren Hochrüstung in „eine der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte driftet“. Die Small Modular Reactors (SMR), an deren Entwicklung die USA seit 2003 wieder arbeiten, haben ein hohes Proliferationsrisiko. Mögliche „Mini-Nukes“ senken die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen. Auch die EPR-Reaktoren wie Hinkley Point in England oder der dritte Reaktorblock von Flamanville in Frankreich wer-

¹⁷ Bundesministerium der Verteidigung, Nato 2030, Berlin 2022.

¹⁸ Sipri-Jahrbuch 2023, Stockholm 2023.

den nicht aus wirtschaftlichen oder energiepolitischen Gründen gebaut. Die geschätzten Baukosten von über 27 Mrd. Euro für Hinkley Point bis zur geplanten Fertigstellung 2028 und mindestens 19 Mrd. Euro statt der veranschlagten 3,1 Mrd. in Flamanville, wo der Reaktor nach 17 Jahren Bauzeit noch nicht am Netz ist, liegen weit außerhalb jeder wirtschaftlichen Rentabilität. Es gibt viele Gründe für die Annahme, dass militärische Interessen ausschlaggebend sind.¹⁹

Zudem wollen autoritär regierte Länder schnell in die Atomenergie einsteigen, um an nukleares Know-how zu kommen und damit die Möglichkeiten für den Bau von Atombomben zu verbessern. Dazu zählen die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Belarus und Ägypten. Auch Verletzungen des Atomwaffensperrvertrags von 1968, der allein den „P5“ (USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China) Atomwaffen zugesteht, könnten diesen Ländern als Vorwand dienen, nuklear zu rüsten.

Zeit für eine Weltinnenpolitik

Wie anders als durch eine Zusammenarbeit sollen, siebtens, die großen globalen Herausforderungen gemeistert werden? Sie erfordern nicht weniger, sondern mehr internationale Zusammenarbeit. Ohne eine Weltinnenpolitik, die auf den drei Säulen Nord-Süd-Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit aufbaut, drohen erbitterte Verteilungskämpfe, aus denen schnell Kriege erwachsen können. Die großen Chancen aus dem Ende der Ost-West-Konfrontation wurden nur kurze Zeit für Zusammenarbeit genutzt. Nach der „Charta von Paris für ein neues Europa“ von 1990²⁰ und dem UN-Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 war es mit dem Aufbruch schnell wieder vorbei. Stattdessen wurde eine neoliberale Welt(un)ordnung vorangetrieben.²¹

Für eine Weltinnenpolitik darf es keine doppelten Standards geben. Wolfs Feststellung, wonach „die Freundschaft und das Vertrauen [...] nicht das natürliche Anrecht mächtiger Staaten sind, sondern von diesen erst mühsam verdient werden müssen“, gilt nicht nur für Russland, sondern auch für andere Mächte, namentlich für die USA und deren Politik. Man denke nur an den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg unter britisch-amerikanischer Führung auf den Irak 2003. Wer seit vielen Jahrzehnten mit Aufrüstung und Militärinterventionen gegen die internationale Ordnung und das Völkerrecht verstößt, ist kein glaubwürdiger Ratgeber für friedliche Lösungen.

Die größte Herausforderung unserer Zeit ist, achtens, die globale Klimakrise. Was 1980 in dem Bericht „Global 2000“²² an den US-Präsidenten erst theoretisch angesprochen wurde, ist heute eine sich schnell weiter zuspit-

19 Michael Müller und Andreas Troge, Rückkehr der Atomkraft?, in: „Berliner Zeitung“, 8.7.2023.

20 OSZE, Charta von Paris für ein neues Europa, Paris 1990.

21 Christoph Görg und Ulrich Brand (Hg.), Mythen globalen Umweltmanagements. „Rio+10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung, Münster 2002.

22 Council on Environment Quality, Department of States, Global 2000. Bericht an den Präsidenten, Frankfurt a.M. 1980.

zende weltweite Gefahr, die sich in immer stärkeren Wetterextremen zeigt. Fakt ist: Die Menschheit ist in eine neue Erdpoche eingetreten. Der Mensch ist mit den wirtschaftlichen und technischen Systemen des Industriezeitalters und seiner Profitgier zum stärksten Einflussfaktor auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse des Erdsystems geworden.²³ Die Eingriffe machen sogar ein Ende der menschlichen Zivilisation denkbar, denn sie zerstören die Natur, auf die sie selbst angewiesen ist. Die Klimakrise kann aber nur bewältigt werden, wenn die großen Länder Russland, China und Indien einbezogen werden und die starken westlichen Industrieländer endlich ihrer Verantwortung gerecht werden. Übrigens hatten die USA das Kyoto-Protokoll abgelehnt, nicht Russland.

Klima und Krieg

Noch in diesem Jahr wird in der Troposphäre, in der sich das Klima bildet, eine Kohlenstoffkonzentration von 420 ppm (Teile auf eine Million Luftteile) erreicht werden. Damit ist eine globale Erwärmung um 1,5 Grad Celsius nicht mehr zu verhindern.²⁴ Schon bald drohen die gefürchteten Kippunkte²⁵ erreicht zu werden, die Schädigungen am Erdsystem beschleunigen, die – wenn überhaupt – über eine lange Zeit nicht mehr korrigiert werden können. Bei 1,8 Grad Celsius beispielsweise drohen die Korallenriffe, das zweitgrößte Ökosystem der Erde, völlig abzusterben. In Brasilien vertrocknen bereits große Bereiche des tropischen Urwalds, wodurch dessen Fähigkeit, Treibhausgase zu speichern, stark dezimiert wird. Im Amazonas-Regenwald findet immerhin ein Viertel des weltweiten Kohlenstoffaustauschs statt.

Die ökologische Krise gerät ins Zentrum weltpolitischer und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen, weil mit allen Mitteln um Rohstoffe und Emissionsbudgets gekämpft wird. Noch immer wird versucht, die negativen Folgen der kapitalistischen Wachstumsmaschinerie zu externalisieren. Damit drohen „öko-imperiale Spannungen“.²⁶ Geboten ist dagegen eine Neubesinnung auf menschliche Verantwortung. Der Kampf gegen die Klimakrise setzt national und international mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaftlichkeit voraus. Die größte Gefahr der Erderwärmung geht nämlich von den sozial, zeitlich und räumlich ungleichen Auswirkungen der Erderwärmung aus, sodass die Abschottung in „grünen Oasen des Wohlstands“ zur Ursache von Kriegen der Zukunft werden kann.²⁷ Umso dringender ist eine globale Politik der Nachhaltigkeit und Gemeinsamen Sicherheit.

Der Krieg vertieft, neuntens, die politischen Differenzen mit Ländern des Globalen Südens. Zwar fiel in der UN-Generalversammlung am 25. März 2022 die Verurteilung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine mit

23 Michael Müller (Hg.), Paul J. Crutzen. Das Anthropozän, München 2019.

24 Jörg Sommer und Michael Müller, Unter 2 Grad?, Stuttgart 2016, S. 12-17.

25 Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Kippelemente – Großrisiken im Erdsystem, Potsdam 2023.

26 Ulrich Brand und Markus Wissen, Kapitalismus am Limit, unveröff. Manuskript, erscheint voraussichtlich München 2024.

27 WBGU, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2007.

141 Ja-Stimmen gegen fünf Nein-Stimmen bei 35 Enthaltungen deutlich aus.²⁸ Aber gemessen an der Einwohnerzahl, hat die Mehrheit der Weltbevölkerung die Sanktionen gegen Russland nicht unterstützt. Sie werden in den bevölkerungsreichen Ländern Brasilien, Indien, China und Südafrika (B[R]ICS) kritisch oder zweitrangig gesehen, ebenso in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).²⁹ In den BRICS- und SOZ-Staaten leben über 45 Prozent der Weltbevölkerung. Die BRICS-Staaten haben auf ihrem jüngsten Gipfel vom 22. bis 24. August in Johannesburg Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate aufgenommen. Damit entfallen auf die beiden Staatengruppen mit vier Mrd. Menschen die Hälfte der Weltbevölkerung.

Es droht eine erneute Spaltung der Welt. Den westlichen Staaten wird ein willkürlicher Fokus auf eigene Interessen vorgeworfen. Besonders deutlich wird das bei der Dekarbonisierung in den westlichen Industriestaaten. Der Kampf um Rohstoffe wie Kupfer, Nickel, Lithium oder Kobalt führt zu einer neuen kolonialen, nunmehr „grünen“ Ausbeutung³⁰ – allein die Nachfrage nach Lithium soll Schätzungen zufolge bis 2050 um mehr als das Zwanzigfache (!) zunehmen. Und er führt zu einer Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz mit China, weil sich das Land als globaler Vorreiter der E-Mobilität positioniert.³¹

Welche Rolle spielt Europa?

Die Weltordnungskonflikte führen, zehntens, unmittelbar zu der Frage nach der Rolle Europas. Willy Brandt sah nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation die Chance auf ein engeres Zusammenrücken des europäischen Kontinents mit einer größeren Souveränität. Diesen Gedanken vertrat Brandt erstmals am 29. April 1973 in der „New York Times“, als er den Verständigungsprozess im Zuge der Entspannungspolitik begründete. Die „Europäisierung Europas“ verstand er nicht als Aufgabe der Westbindung,³² sondern als Stärkung Europas. Eine Idee, die auch in der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975³³ zu finden ist und die 1990 in Paris zur „Charta für ein neues Europa“ geführt hat.

Ein gemeinsames Europa zu schaffen, entspricht dem Geist der europäischen Integration. Der französische Außenminister Robert Schuman gab am 9. Mai 1950 die Linie vor, die sich nicht nur auf die sechs Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bezog, sondern für Gesamteuropa gedacht war: Die „europäischen Staaten (sollten) wirtschaft-

28 UNO, Resolution A/RES/ES-11/1, New York 2022.

29 Zur SOZ zählen neben China, Indien und Russland der Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan.

30 Kristina Dietz, *Energiewende und grüne Ausbeutung*, Berlin 2022.

31 The International Council on Clean Transportation, *Assessment of Electric Car Promotion Policies in Chinese Cities*, Peking 2018.

32 Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler, Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Band 10, Bonn 2009, S. 21.

33 Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte von Helsinki, 1975.

lich zu einer Gemeinschaft im Dienst des Friedens zusammenwachsen, damit Kriege zwischen ihnen nicht mehr möglich werden“.³⁴ Auch der EU-Vertrag fordert, den Prozess der Europäischen Union auf eine neue Stufe zu heben, „eingedenk der historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und der Notwendigkeit, feste Grundlagen für die Gestalt des zukünftigen Europas zu schaffen“.³⁵

Warum die »Zeitenwende« die zentralen Fragen verstellt

„Warum nur fand“, so Antje Vollmer in ihrem politischen Vermächtnis, „ausgerechnet Europa, dieser Kontinent mit all seinen historischen Tragödien und machtpolitischen Irrwegen, nicht die Kraft, zum Zentrum einer friedlichen Vision für den bedrohten Planeten zu werden?“³⁶ Der Begriff der „Zeitenwende“ verstelle „genau die zentralen Fragen, die es eigentlich zu klären gäbe“. Der Zusammenbruch von 1989 würde oftmals im Westen einseitig als triumphaler Sieg interpretiert. Statt gleichberechtigte Lösungen zu suchen, hätte sich eine fatale Überheblichkeit breitgemacht, die sich auch in der Ignoranz gegenüber den Leistungen von Michail Gorbatschow zeigt, der ein „Held des Rückzugs“ (Hans Magnus Enzensberger) war, statt als blutiger Schlächter von der politischen Bühne abzutreten. Was sei eine EU, deren Außenpolitik sich als militärischer Juniorpartner der USA definiert? Die Gleichsetzung der EU-Politik mit der Nato-Politik ist fatal, denn Europa muss als eigenständiger Faktor außen- und weltpolitisch aktiv werden.

Es ist kein gutes Zeichen für eine liberale Demokratie, dass diejenigen, die für einen schnellen Waffenstillstand in der Ukraine eintreten, heftiger Kritik ausgesetzt sind. Die Lage ist zu ernst für einen neuen „Bellizismus“, der nach immer mehr Waffen ruft.

Dennoch gibt es kaum einen Diskurs über unterschiedliche Positionen, auch kaum eine historische Einordnung des Konflikts, obwohl beides dringend geboten ist, ohne die Tatsache des Angriffskrieges zu relativieren. Zunächst aus dem Selbsterhaltungsinteresse der damaligen militärischen Supermächte geboren, wurde der Grundgedanke einer Politik der Entspannung schrittweise zur Normalität. Am Beginn stand die Initiative von US-Präsident John F. Kennedy in der extrem gefährlichen Kubakrise vom Oktober 1962 für eine wechselseitige Abrüstung. Seine Begründung hieß: „Wir wollen unseren Meinungsverschiedenheiten gegenüber nicht die Augen verschließen. Wir wollen aber unser Augenmerk auf unsere gemeinsamen Interessen und jene Möglichkeiten richten, durch die sich die Differenzen beseitigen lassen. [...] Denn letztlich bildet die Tatsache, dass wir alle Bewohner dieses Planeten sind, das im Tiefsten gemeinsame Band.“ Deshalb müssten vor allem die Atommächte „solche Konfrontationen vermeiden, die

34 Robert Schuman, Regierungserklärung am 9.5.1950: Unterstellung der Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde.

35 Vertrag über die Europäische Union, Amtsblatt Nr. C 191 vom 29.7.1992.

36 Antje Vollmer, Was ich noch zu sagen hätte, in: „Berliner Zeitung“, 23.2.2023.

einem Gegner nur die Wahl eines demütigenden Rückzugs oder eines Atomkriegs lassen“.³⁷

Russland wird autoritär regiert. Es ist ein Land, in dem Menschenrechte und Demokratie verletzt werden. Geheimdienste und oft extrem nationalistische Cliquen haben ein großes Gewicht. Dass es mit dem System Putin keine Verständigung geben kann, ist also eine Behauptung, für die es Gründe geben mag. Dennoch gab es auch im Ukrainekrieg Verständigungen mit Putin, so für den Schutz der Atomzentrale von Saporischschja, sichere Weizenlieferungen über das Schwarze Meer und am 29. März 2022 in Istanbul für einen Waffenstillstand, der wahrscheinlich auf Intervention des britischen Premier Boris Johnson im Sand verlief.³⁸

Ein Plädoyer für alte und neue Denkkorte

Auch als vor 60 Jahren Egon Bahr auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing eine Politik der Annäherung mit der Sowjetunion forderte, die er auf die Formel „Wandel durch Annäherung“³⁹ brachte und die zur Leitidee nicht nur der deutschen Entspannungspolitik wurde, rief er damit vielfach ein kritisches Echo hervor. Vor allem Unionspolitiker behaupteten, eine Verständigung sei völlig ausgeschlossen. Die Forderung nach einem politischen Strategiewechsel war nach dem Bau der Berliner Mauer in der Hochphase des Kalten Krieges ein Paukenschlag. Obwohl von einem Großteil der veröffentlichten Meinung nicht akzeptiert, stieß diese Politik nach und nach auf Gehör.

Auch heute brauchen wir Denkkorte wie Tutzing für die Europäisierung Europas. Das verlangt eine Sprache des Friedens und der Verständigung statt des Rufes nach immer mehr Kampfpanzern, immer mehr Munition und nun auch Kampfflugzeugen und Marschflugkörpern. Wann kommt der Ruf nach Bodentruppen? Ist es nicht unsere Aufgabe, im Interesse der Menschen einen Weg zu finden, die Eskalation des Krieges zu stoppen?

Was wir brauchen, ist eine dauerhafte europäische Sicherheitsordnung. Der Weg dahin sollte über eine Konferenz im KSZE-Format führen, die an die Charta von Paris anknüpft.⁴⁰ In dieser Ordnung müssen die Ukraine und Russland ihren Platz haben.

37 John F. Kennedy, Friedensrede an der American University New York, 10.6.1963.

38 Für eine gegenläufige Darstellung vgl. Paul Schäfer, Die Johnson-Legende. Wie der Westen angeblich einen Friedensvertrag verhinderte, in: „Blätter“, 4/2023, S. 97-106 – d. Red.

39 Egon Bahr, Wandel durch Annäherung. Vortrag vor der Politischen Akademie Tutzing am 15.7.1963.

40 Harald Kujat, Peter Brandt und Hajo Funke, Denkschrift Frieden ist möglich, Berlin 2023.